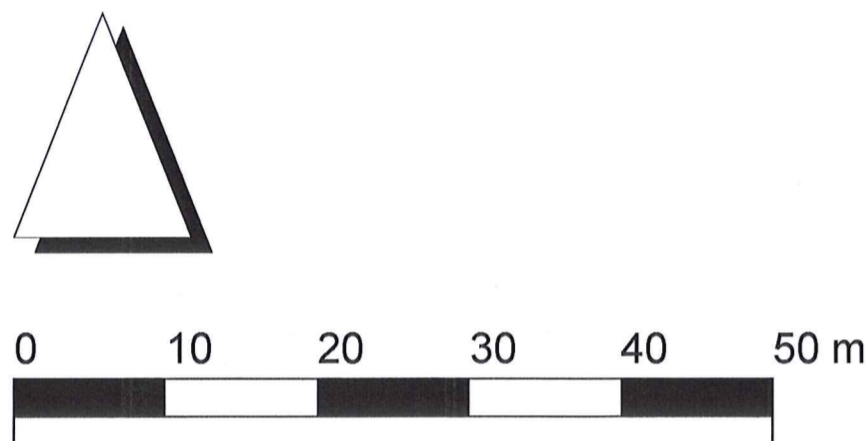


Zeichen der Kataster- und Vermessungsgrundlage

- Flurstücksnummer
- Flurstücksgrenze
- Gebäude
- Gebäude mit öffentlicher Nutzung
- Höhen OK Schachtdeckel

Nutzungsschablonen

PLANGEBIET Plangebiet WA 1	
ART D. BAUL. NUTZUNG WA	GESCHOSSZAHL II
GRZ 0,15	GFZ 0,30
BAUWEISE 0.	
TRAUFHÖHE TH = 7,00 m	FIRSTHÖHE FH = 11,00 m



A Zeichnerische Festsetzungen

- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)
- Allgemeines Wohngebiet (§ 9 Abs.1 Nr. 1 BauGB und § 4 BauNVO)
- Grundflächenzahl (GRZ) (§ 9 Abs.1 Nr. 1 BauGB und §§ 16 und 19 BauNVO)
- Geschossflächenzahl (GFZ) (§ 9 Abs.1 Nr. 1 BauGB und §§ 16 und 20 BauNVO)
- Zahl der Vollgeschosse (Höchstgrenze) (§ 9 Abs.1 Nr. 1 BauGB und § 16 und 20 BauNVO)
- Traufhöhe (maximale Höhe über Bezugspunkt) (§ 9 Abs.1 Nr. 1 BauGB und §§ 16 und 18 BauNVO) tw. mit ergänzender Bezeichnung und Zuordnungsdarstellung
- Firsthöhe (maximale Höhe über Bezugspunkt) (§ 9 Abs.1 Nr. 1 BauGB und §§ 16 und 18 BauNVO)
- Offene Bauweise (§ 9 Abs.1 Nr. 2 BauGB und § 22 BauNVO)
- Baugrenze (§ 9 Abs.1 Nr. 2 BauGB und §§ 22 und BauNVO)
- Umgrenzung von Flächen Garagen und Carports GA = Garagen und Carports zulässig (§ 9 Abs.1 Nr. 11 BauGB)
- Straßenverkehrsfläche (§ 9 Abs.1 Nr. 11 BauGB)
- Fläche für den Gemeinbedarf Zweckbestimmung: Kindertagesstätte (§ 9 Abs.1 Nr. 5 BauGB)

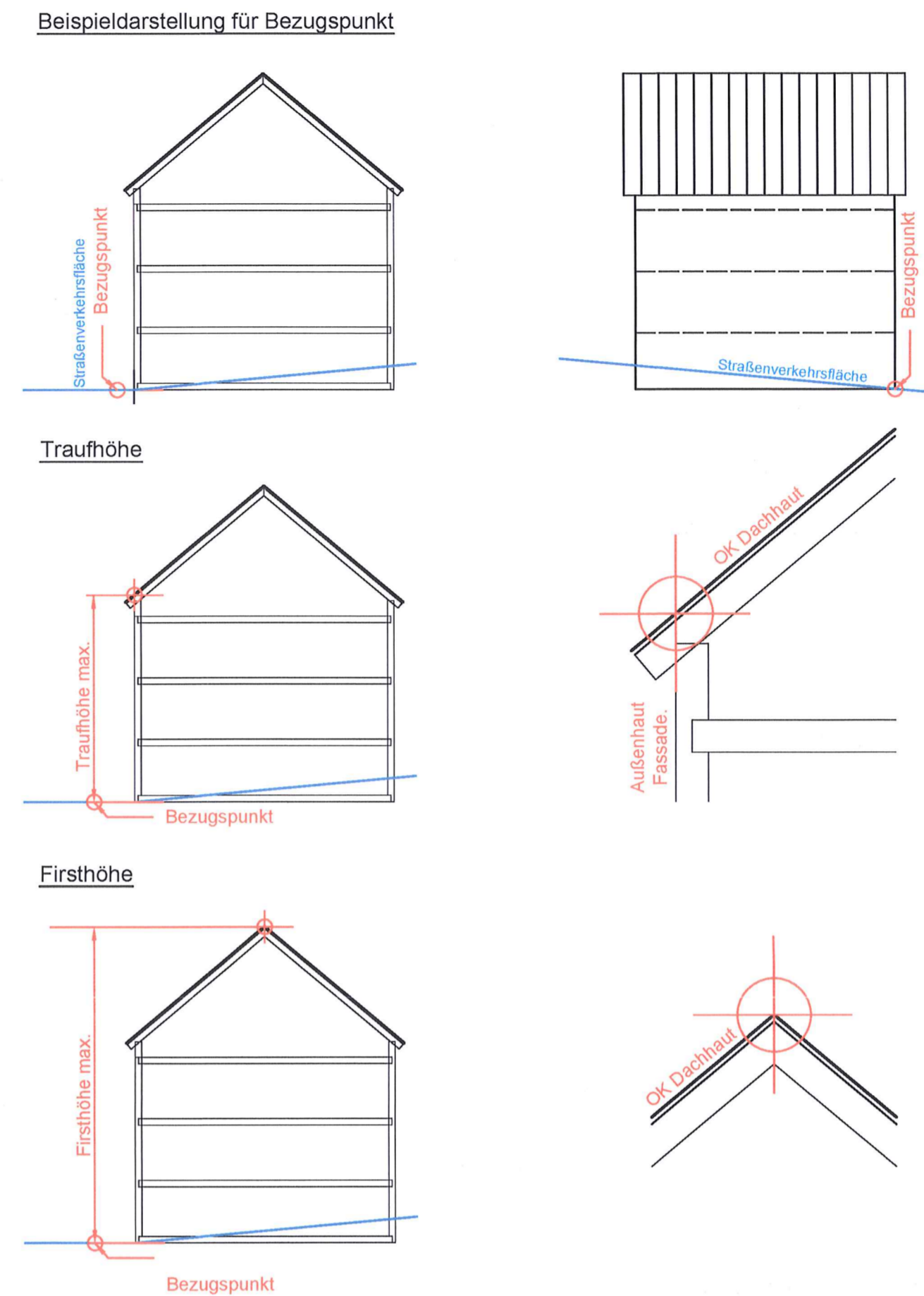
C Textliche Festsetzungen

- Art und Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)**
Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO)
 Zulässig sind:
 - Wohngebäude,
 - die der Versorgung des Gebietes dienende Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe,
 - Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.
 Als Ausnahme zulässig sind:
 - Betriebe des Beherbergungsgewerbes
 - Sonstige nicht störende Gewerbebetriebe,
 - Anlagen für Verwaltungen.
 Auch als Ausnahme nicht zulässig sind:
 - Gartenbaubetriebe,
 - Tankstellen
- Grundflächenzahl, Geschossflächenzahl, Zahl der Vollgeschosse (§§ 16, 19 und 20 BauNVO)**
 Die angegebenen Werte der Grundflächen- und der Geschossflächenzahlen sind jeweils als Höchstgrenze festgesetzt.
- Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)**
Bauweise (§22 BauNVO)
 Innerhalb des Plangebietes WA 1 ist eine offene Bauweise zulässig. Die offene Bauweise entspricht der Definition nach § 22 Abs. 2 BauNVO.
Überbaubare Grundstücksflächen (§ 23 BauNVO)
 Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch Baugrenzen festgesetzt.
- Höhe der baulichen Anlagen (§§ 16 und 18 BauNVO)**
 (weiterhin s. auch erläuternde Darstellungen zu den Höhenfestsetzungen Pkt. G)
Bezugspunkt 1
 Der untere Bezugspunkt zur Ermittlung der Höhe der baulichen Anlagen ist der Schnittpunkt der Fassadenaußenkante mit der Oberkante der öffentlichen Straßenverkehrsfläche. Bei geneigtem Gelände ist hierbei der tiefst liegende Höhenpunkt der der Straßenverkehrsfläche zugeordneten Fassade maßgebend.
Traufhöhe
 Die Traufhöhe ist in Form einer maximalen Höchstgrenze vorgegeben. Die Traufhöhe wird wie folgt gemessen:
 Bezugspunkt bis Schnittpunkt mit der Oberkante Dachhaut mit Schnittpunkt Außenwand
Firsthöhe
 Die Firsthöhe ist in Form einer maximalen Höchstgrenze vorgegeben. Die Firsthöhe wird wie folgt gemessen:
 Bezugspunkt bis Schnittpunkt mit der Oberkante Dachhaut First bzw. Hochpunkt
- Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs.1 Nr. 4 und 22 BauGB)**
Stellplätze und Garagen (§12 BauNVO)
 Oberirdische Garagen und Carports sind nur in den überbaubaren Flächen und in den speziell gekennzeichneten Flächen zulässig.
 Oberirdische Stellplätze und Tiefgaragen sind allgemein, auch außerhalb der überbaubaren Flächen, zulässig.
Nebenanlagen (§14 BauNVO)
 Nebenanlagen sind allgemein, auch außerhalb der überbaubaren, Flächen zulässig.

D Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

- Vorschriften über die Gestaltung baulicher Anlagen (§ 9 Abs. 4 BauGB und § 88 LBauO)
- Gestaltungsvorschriften in den Allgemeinen Wohngebieten**
 - Dachneigung**
 Die zulässige Dachneigung bei Hauptgebäuden beträgt 5 - 30°.

E Darstellungen zu den Höhenfestsetzungen



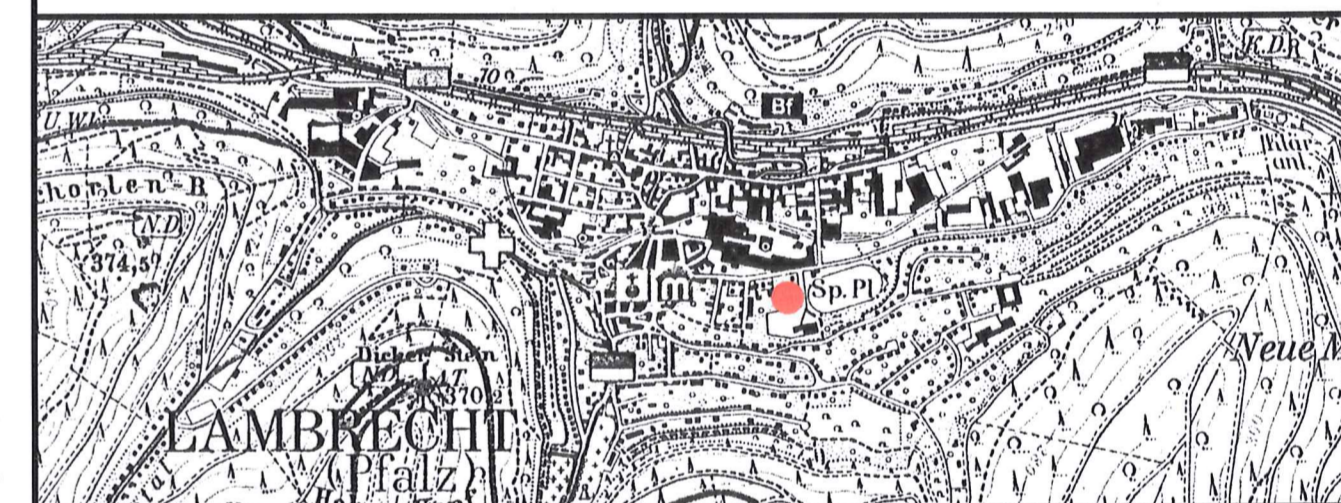
F Rechtsgrundlagen

- Baugesetzbuch (BauGB)**
in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I, S.2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 G vom 20.11.2014 (BGBl. I S. 1748)
- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)**
vom 29.07.2009 (BGBl. I, S. 2542), in Kraft getreten am 01.03.2010, zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 100 G vom 07.08.2013 (BGBl. I S. 3154)
- Baunutzungsverordnung (BauNVO)**
in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I, S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 G vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548)
- Planzeichenverordnung (PlanZV)**
vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991, S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 2 G vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509)
- Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO)**
in der Fassung vom 31. Januar 1994, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.12.2015 (GVBl. S. 477)
- Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO)**
in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.11.1998, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 5.06.2015 (GVBl. S. 77)

G Verfahrensvermerke

- Aufstellungsbeschluss** 23.02.2016
§ 1 Abs. 3 u. 8, § 2 Abs. 1, § 8 Abs. 2 Satz 1 BauGB
- Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses** 05.05.2016
§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB
- Billigung des Entwurfsplanes und Auslegungsbeschluss** 28.04.2016
- Ortsübliche Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung** 12.05.2016
§ 3 Abs. 2 BauGB
- Öffentliche Auslegung (Planentwurf und Begründung) für die Dauer eines Monats** 19.05.2016 bis 10.06.2016
§ 3 Abs. 2 BauGB
- Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher** 19.05.2016 bis 10.06.2016
§ 4 Abs. 2 BauGB

- Prüfung der fristgemäß abgegebenen Stellungnahmen, Abwägungsbeschlüsse**
§ 1 Abs. 7 BauGB
- Satzungsbeschluss**
§ 2 Abs. 4 Satz 4, § 6 Abs. 5, § 10 Abs. 1 u. 4 BauGB
Eingegangene Anregungen wurden vor dem Satzungsbeschluss abgewogen.
Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 13.12.2016 den Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung mit zeichnerischen und textlichen Festsetzungen und baurechtlichen Festsetzungen, als Satzung beschlossen und der Begründung zugestimmt.
Lambrecht (Pfalz), den 02. Feb. 2017
Herr Semmelsberger Siegel
Beigeordneter
- Ausfertigung der Satzung**
Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieses Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung mit zeichnerischen und textlichen Festsetzungen und baurechtlichen Festsetzungen, mit den hierzu gefassten Beschlüssen des Stadtrates übereinstimmt. Die für die Rechtswirksamkeit maßgeblichen Verfahrensvorschriften wurden beachtet.
Lambrecht (Pfalz), den 02. Feb. 2017
Herr Semmelsberger Siegel
- Bekanntmachung, Inkrafttreten**
§ 10 Abs. 3 und 4, § 8 Abs. 3 S. 2 BauGB
Der Bebauungsplan wurde in der Talpost am 09. Feb. 2017 bekanntgemacht. Mit dem Zeitpunkt dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.
Lambrecht (Pfalz), den 10. Feb. 2017
Herr Semmelsberger Siegel



STADT LAMBRECHT (PFALZ)

BEBAUUNGSPLAN "SÜDOST II ÄNDERUNG 1"

RECHTSPLAN 2. Ausfertigung

PLAN-Nr. 1	M. 1 : 500	AZ. S 683/16	5 803 Zeichnung Entwurf / REC 02	1
DATUM 05.04.2016	BEARBEITER UH	PLANFERTIGSTELLUNG		
DATUM 28.11.2016	BEARBEITER RA	PLANÄNDERUNG		
DATUM 13.12.2016	BEARBEITER RA	Stellungnahmen TOB vom Juni 2016		
		Verfahrensvermerke		